

**Revisionsantrag**

**DÜSSELDORF** – Drei Monate nach den Freisprüchen im Mannesmann-Prozess hat die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ihren Antrag auf Revision begründet.

Eine 100 Seiten starke Schrift sei bei der Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Düsseldorf abgegeben worden, teilte die Staatsanwaltschaft am Freitag mit. Im Wesentlichen werde durch die Anklagebehörde eine fehlerhafte Anwendung des Untreuetatbestands gerügt. Im Prozess war es um Millionenprämien für Top-Manager von Mannesmann bei der Übernahme durch Vodafone gegangen. (sda)

**KOMPAKT**

**Zinssätze gesenkt**

**ZÜRICH** – Die meisten Kassenobligationen der Credit Suisse und der Bank Coop werfen ab Montag weniger Zinsen ab. Bei beiden Banken sinken die Zinssätze für einzelne Laufzeiten um ein Achtel bis ein Viertel Prozentpunkt. Die Credit Suisse senkt die Zinssätze bei den Kassenobligationen mit 3-, 4-, 5- und 8-jähriger Laufzeit um ein Achtel Prozentpunkt. Bei einer Laufzeit von 6 und 7 Jahren werden die Zinssätze um ein Viertel Prozentpunkt zurückgenommen, wie die CS am Freitag mitteilte. Unverändert ist der Satz für 2-jährige Laufzeiten. Die Zinssätze liegen damit neu zwischen 1 und 2,375 Prozent. Die Bank Coop senkt die Zinssätze für ihre 3- bis 8-jährigen Kassenobligationen um je ein Viertel Prozentpunkt. (sda)

**Britische Banker sollen ausgeliefert werden**

**LONDON** – Drei britische Banker können im Zusammenhang mit dem amerikanischen Enron-Skandal wegen Betrugsverdachts an die Vereinigten Staaten ausgeliefert werden. Das entschied am Freitag nach Angaben ein Gericht in London. Sie arbeiteten für die britische Bank NatWest und sollen in Zusammenarbeit mit dem vor mehreren Jahren zusammengebrochenen US- Energieriesen Investitionsanlagen zu Schleuderpreisen verkauft haben.

Damit hätten sie Millionen verdient, hiess es. Die drei Männer wollen nach den Angaben Einspruch gegen die Entscheidung einlegen. Sie beteuerten, sie hätten nichts Illegales getan. In dem Fall muss abschliessend das britische Innenministerium über eine Auslieferung entscheiden. (sda)

# Mit Streik gedroht

Deutschland: Im Tarifstreit mit der Flugsicherung

**FRANKFURT/MAIN** – Im Tarifstreit um mehr Geld für die deutschen Fluglotsen rüstet sich die Gewerkschaft für einen Arbeitskampf. «Wir haben alle Vorkehrungen für einen Streik getroffen», sagte der Sprecher der Gewerkschaft der Deutschen Flugsicherung (GDF), Marek Kluzniak.

Am Montag läuft eine von der GDF gesetzte Verhandlungsfrist ab. Die Fluglotsen wollten keinen Streik, fühlten sich aber von der Arbeitgeberseite provoziert. «Auch die Geduld der Tarifkommission und unserer Mitglieder ist endlich», sagte Kluzniak. Der Arbeitgeberseite, der Deutschen Flugsicherung (DFS), warf Kluzniak eine «Schlamm-

schlacht» vor: «Wir sind nicht so gierig, wie wir im Moment dargestellt werden.» Bei einem DFS-Jahresüberschuss von 50 Millionen Euro in diesem Jahr halte die Gewerkschaft Forderungen nach 1,9 Prozent mehr Gehalt und insgesamt 6,8 Prozent höheren Leistungen in drei Jahren für gerechtfertigt. «Der Deutschen Flugsicherung geht es blendend», sagte Kluzniak. Sollte die Arbeitgeberseite sich bis Montag nicht bewegen, werde die Tarifkommission am Dienstag über Warnstreiks beraten.

**Nötigung vorgeworfen**

Die Arbeitgeberseite warf der Gewerkschaft Nötigung vor: «Die GDF hat uns 29 Forderungen vorgelegt und gleichzeitig gesagt, es ge-

be nichts zu verhandeln», sagte DFS-Sprecher Ulrich Manz in Langen. Die Verhandlungssituation nannte er «sehr kritisch». Einem möglichen Streik sehe die Arbeitgeberseite aber gelassen entgegen: «Uns kann die Gewerkschaft damit gar nicht treffen, weil wir uns die Mindereinnahmen im nächsten Jahr zurückholen können. Aber für die Flughäfen und die Luftfahrtunternehmen wäre ein Streik eine Katastrophe.» Höhere Flugsicherungsgebühren würden am Ende auf die Passagiere umgelegt, sagte Manz. Die Fraport AG verurteilte die Drohung der Fluglotsen: Es sei eine «boshafte Taktik», wenn eine einzelne Berufsgruppe unbeteiligte Bürger verunsichere oder gar vergraulen, erklärte Fraport-Arbeitsdi-

rektor Herbert Mai in Frankfurt am Main. Der Versuch, umfangreiche Tarifverbesserungen auf diese Weise durchzusetzen, sei eine «Verhöhnung» der Beschäftigten von Opel und KarstadtQuelle, die gerade um ihre Arbeitsplätze fürchten müssten. Mai appellierte an die Gewerkschaft, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden.

**Verhandlungen unterbrochen**

Die Tarifverhandlungen waren am 6. Oktober unterbrochen worden. Die GDF führt als Arbeitnehmervertreterin erstmals die Tarifverhandlungen für die 5500 Beschäftigten in der Flugsicherung. Die Verhandlungen in der Tarifrunde davor hatte noch die Gewerkschaft ver.di geführt. (sda)

**LAFV-GASTBEITRAG**

## Getrübe Wirtschaftsaussichten drücken auf die Renditen

**KOF-Konjunkturbarometer**

Die KOF hat an ihrer Prognose für den Herbst 2004 die Hauptergebnisse für das Jahr 2005 und 2006 präsentiert. Das KOF-Konjunkturbarometer weist nach wie vor ein intaktes Bild der konjunkturellen Belegung auf. Der Indikator liefert jedoch bereits Anzeichen dafür, dass sich das Wachstum gegen Ende des Jahres abschwächen wird. Die Wachstumsdynamik wird zum Jahreswechsel ihren Höhepunkt erreichen und sich dann sukzessive abschwächen. Die daraus resultierenden Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes werden gemäss dem KOF für das Jahr 2004 bei 1,6%, 2005 bei 1,8% und 2006 bei 1,5% liegen. Die leicht abgeschwächten Aufwärtstendenzen in der Industrie sowie die vor einem Monat schon eingetretene Abschwächung in den Quartalsindikatoren führten gemäss KOF zu einem zuletzt flachen Verlauf des KOF Konjunkturbarometers. Aktueller Stand war im September 0,97, August 0,97 und Juli 0,96 Punkte. Insgesamt signalisiert der Barometer noch ein leicht steigendes BIP bis Ende Jahr. Für das erste Quartal 2005 ist mit keiner Wachstumsbeschleunigung mehr zu rechnen.

**Rückläufige Inflation und stagnierender Arbeitsmarkt**

Die Konsumentenpreise blieben im September 2004 gegenüber dem Vormonat unverändert. Die Jahressteuerung reduzierte sich von 1,0%

auf 0,9% mit einer Kernrate von bescheidenen 0,5%. Nach wie vor ist kein Preisdruck auszumachen. Gemäss den Erhebungen des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) waren Ende September 2004 146 341 Arbeitslose eingeschrieben, 418 Personen mehr als im Vormonat.

Die Arbeitslosenquote verharrte wie erwartet im September 2004 bei 3,7 Prozent (saisonal bereinigt bei 3,9%). Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen nimmt weiter ab und deutet darauf hin, dass die Erholung am Arbeitsmarkt nicht stattfindet. Nachdem die SNB im vergangenen Juni die Zinswende eingeleitet hat, wird mit einer weite-

ren, behutsamen Rücknahme der expansiven Geldpolitik gerechnet. Da die gegenwärtige Konjunkturerholung bald wieder an Dynamik verlieren wird, dürfte der Renditezuwachs jedoch moderat ausfallen und die Zinsstrukturkurve sich weiter verflachen.

**Weiterer Renditerückgang erwartet**

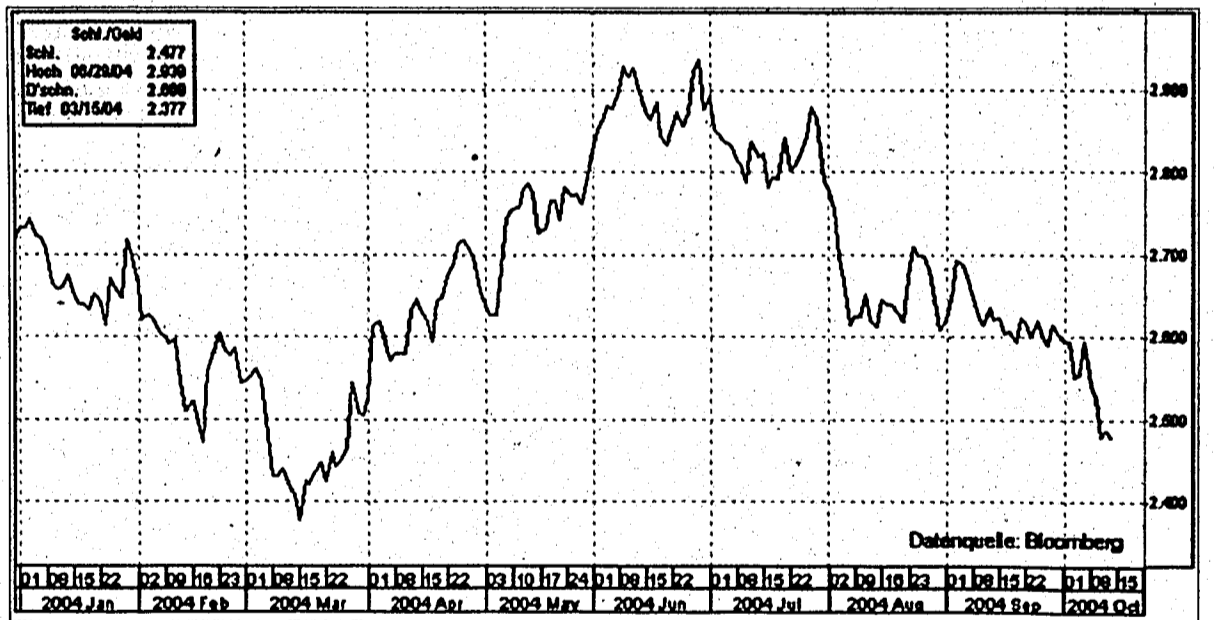
Innerhalb eines Monats hat sich die Zinssatzfristenstruktur der Anleihen der Eidgenossenschaft weiter verflacht. So konnte nur der 3-Monats-Liborsatz um 5 Basispunkte zulegen.

Der 6-Monats-Liborsatz blieb unverändert und der 12-Monats-Li-

borsatz gab um 5 Basispunkte nach. Alle anderen Laufzeiten über einem Jahr Restlaufzeit gaben zwischen 14 bis 19 Basispunkte nach. So haben die Renditen der 10-jährigen Eidgenossen aktuell ein Niveau von 2,46 Prozent erreicht, so tief wie seit dem März 2004 nicht mehr. Aufgrund des wirtschaftlichen Umfelds rechnen wir mit einem weiteren Nachgeben der Zinsen.

Verfasser: Ruedi Flückiger, AFM Advanced Fund Management AG

Die alleinige inhaltliche Verantwortung für diesen Beitrag liegt beim Verfasser.



Zinssatzfristenstruktur der Eidgenossen.

ANZEIGE

# Mut zur



# Zukunft

